



Missbrauch: Entschädigungsfonds soll aus Vermögen der Kirche oder Darlehen finanziert werden

***Nachdem die 120 in Lourdes versammelten Bischöfe die kollektive Verantwortung der katholischen Kirche in Frankreich für den in ihrer Mitte begangenen Kindesmissbrauch anerkannt hatten, soll nun die Frage der Entschädigung der Opfer geregelt werden.***

Die katholische Kirche hatte sich bereits zu ihrer kollektiven Verantwortung für die Opfer der Pädokriminalität innerhalb der Kirche bekannt. Die 120 Bischöfe, die sich in Lourdes (Hautes-Pyrénées) trafen, einigten sich auch auf die Modalitäten einer „individualisierten“ Entschädigung der Opfer, wie der Vorsitzende der französischen Bischofskonferenz, Eric de Moulins-Beaufort, am Montag, dem 8. November, bekannt gab.

Lesen Sie auch: Missbrauch: Bischöfe erkennen „institutionelle Verantwortung“ der Kirche an

Die von Jean-Marc Sauvé geleitete Kommission erschütterte die katholische Welt, als sie letzten Monat ihren Bericht veröffentlichte, der das Ausmaß der Pädokriminalität in der katholischen Kirche in den letzten siebzig Jahren aufdeckte. Sie schätzt, dass seit 1950 in Frankreich 330.000 Minderjährige von Geistlichen, Ordensleuten oder Personen, die mit der Kirche beschäftigt waren, sexuell missbraucht wurden.

Lesen Sie auch: Kirche: 330.000 Opfer sexuellen Missbrauchs nach Angaben der Sauvé-Kommission in Frankreich

Die Bischöfe haben in Lourdes beschlossen, eine unabhängige nationale Anerkennungs- und Wiedergutmachungsstelle einzurichten, deren Aufgabe es sein wird, die Anträge der Opfer sexueller Gewalt zu prüfen. Der Name der Präsidentin dieses Gremiums wurde bereits bekannt gegeben: Es handelt sich um die Anwältin Marie Derain de Vaucresson, die „ihr Team nach dem Vorbild der Sauvé-Kommission“ zusammenstellen wird.

„Wir Bischöfe haben begonnen, den Fonds für die Entschädigung mit unseren eigenen Beiträgen aufzustocken, aber es ist offensichtlich, dass wir viel mehr Geld aufbringen müssen, als wir uns vorgestellt haben.“ Die französischen Bischöfe haben sich daher verpflichtet, diesen Fonds weiter aufzufüllen, indem sie sich von Eigentum der französischen Bischofskonferenz und der Diözesen trennen, so der Präsident der Bischofskonferenz. „Wir werden keine Spenden von den Gläubigen“ annehmen, sagte Eric de Moulins-Beaufort, und „alle Bischöfe haben sich bereit erklärt, in ihren Diözesen zu versuchen, die Güter zu identifizieren, die sie veräußern können“.

Außerdem, so fügte er hinzu, „haben wir beschlossen, notfalls einen Kredit aufzunehmen, um unseren Verpflichtungen nachkommen zu können“.



## Missbrauch: Entschädigungsfonds soll aus Vermögen der Kirche oder Darlehen finanziert werden

Die katholischen Bischöfe haben den Papst gebeten, ihnen zu helfen, und Berater zu schicken, um die Art und Weise, wie sie Opfer von Kindesmissbrauch und die Täter behandeln, zu überprüfen. Und auch mögliche Rücktritte betroffener Bischöfe werden erwogen, wenn sich dies als notwendig erweisen sollte.

Es sollen Arbeitsgruppen aus Laien, Diakonen, Priestern, Personen des geweihten Lebens und Bischöfen gebildet werden. Die Opfer werden mit ihnen in Verbindung gebracht und ein Koordinator soll für die Umsetzung der Empfehlungen der Sauvé-Kommission zuständig sein.

Die Bischöfe verabschiedeten eine Reihe von Maßnahmen, die auf der Website der Bischofskonferenz aufgeführt sind, wie z. B. die systematische Überprüfung des Strafregisters von Klerikern und Laien, wenn sie zur Arbeit mit Minderjährigen berufen werden. Sie verpflichteten sich außerdem, jeweils für ihre Diözese die „Unterzeichnung eines Protokolls mit der/den betreffenden Staatsanwaltschaft(en)“ zu beantragen. Die französischen Bischöfe haben die Einrichtung eines „nationalen kanonischen Strafgerichts“ beschlossen und die Statuten dieses Gerichts als erste Instanz genehmigt, das am 1. April 2022 seine Arbeit aufnehmen wird.